

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Er erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Wertzeile oder deren Raum 1 M.  
Bergütungsanzeigen und Arbeitervereinstellungen 50 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 80 Pfg.

## Die Arbeiter und der Friede.

Der Generalstreik in Oesterreich und Ungarn war eine äußerst eindrucksvolle Kundgebung, deren Bedeutung man auch diesseits der schwarz-gelben Grenzpfähle gewürdigt hat. Die Zensurbehörde hat allerdings in der Sorge um die Ruhe des deutschen Bürgers das verkehrteste getan, was getan werden konnte. Durch das gegen die Tageszeitungen gerichtete Verbot, über die Vorgänge zu berichten, lassen sich diese weder aus der Welt schaffen noch auch nur verheimlichen. Das im Zusammenhang damit gegen den „Vorwärts“ und gleich danach auch gegen das „Berliner Tageblatt“ gerichtete Verbot des Erscheinens hat denn auch das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielt. Die Würdigung, die diese Leistung der Zensur im Hauptauschuß des Reichstages fand, war dem Ansehen der verantwortlichen Behörde sicher nicht förderlich.

In der reichsdeutschen Presse ist die Frage erörtert worden, ob der Ausdruck des Massenstreiks eine spontane Kundgebung war, oder ob sie planmäßig vorbereitet wurde. Das ist eine sehr überflüssige Untersuchung. Derartige Bewegungen können nicht künstlich gemacht werden. Wenn die Voraussetzungen für sie gegeben sind, dann entstehen sie eben. Sie lassen sich weder künstlich hervorrufen noch nach Belieben verhindern. Für das Gemeinwesen, welches der Schauplatz eines solchen elementaren Ausdrucks des Volkswillens ist, ist es in hohem Maße nützlich, wenn die Massen organisiert und diszipliniert sind und eine Leitung besitzen, welche die Bewegung in die richtigen Bahnen lenkt und ihr eine Richtung gibt, die es ihr ermöglicht, ein bestimmtes Ziel zu erreichen. In Oesterreich hat die Leitung der sozialdemokratischen Partei die Führung übernommen. Sie hat gemeinsam mit der Zentralleitung der Gewerkschaften die Forderungen der Arbeiter formuliert und mit der Regierung verhandelt. Die imposante Ruhe, mit der die Bewegung durchgeführt wurde, die im wesentlichen ohne nennenswerte Ausschreitungen verlief, hat der österreichischen Arbeitererschaft einen unbestreitbaren Erfolg gebracht.

Den Anstoß zu der Bewegung gaben Ernährungs-schwierigkeiten, die in Oesterreich nicht minder groß sind als bei uns. Nach dort blühen Zucker und Schleichhandel, so daß die wohlhabenden Bevölkerungskreise keine Not zu leiden brauchen. Verschärft werden die Ernährungszustände noch dadurch, daß Ungarn, wo kein Mangel an Lebensmitteln herrscht, sich in bezug auf Versorgung wenig bundesbrüderlich gegen die andere Reichshälfte benimmt. Dazu kommen weiter die verworrenen politischen Zustände, insbesondere die Stellung der Tschechen zu den übrigen Nationen Oesterreichs. Den tschechischen Landwirten wird vorgeworfen, daß sie Obststruktion treiben und die schuldige Ablieferung von Kartoffeln und Getreide verweigern.

In Oesterreich gibt es als Wochenration 3 Pfund Kartoffeln und 1260 Gramm Brot. Fleisch ist nicht rationiert, aber nur schwer zu erhalten. Dagegen werden neben der Brotration noch wöchentlich 500 Gramm Mehl verteilt. Nun ist in der zweiten Januarwoche diese Mehlmenge um die Hälfte verkürzt worden. Das gab den Anlaß zu dem Ausbruch, der zunächst am 14. Januar in Wiener-Neustadt, einer bedeutenden Industriestadt in der Nähe von Wien, ausbrach. Der Streik verbreitete sich schnell auf die deutschen Kronländer Oesterreichs. Auch Galizien, Böhmen und Mähren wurden von der Welle erfaßt; in Krakau, in Prag und in Brünn wurde gestreikt. Zugleich erlebte die ungarische Hauptstadt Budapest den Generalstreik.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich natürlich auf Wien, von wo auch die ausführlichsten Nachrichten vorliegen. Hier begann der Streik am 15. und 16. Januar, und er wurde mit großem Nachdruck durchgeführt. Am 18. Januar war Wien ohne Licht und ohne Straßenbahnverkehr. In keinem Theater wurde mehr gespielt, nachdem am 17. Januar der Abbruch der Vorstellung in der Hofoper erzwungen worden war. Am 19. Januar erschien keine Zeitung mehr, nur ein von der „Arbeiter-Zeitung“ herausgegebenes „Mitteilungsblatt an die Arbeitererschaft“. Hier wurden die inzwischen formulierten vier Forderungen der Arbeiter veröffentlicht, aus denen deutlich der politische Charakter der Bewegung hervorleuchtet.

Die erste Forderung bezieht sich auf die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Von der Regierung wird verlangt, daß sie keinerlei territoriale Zugeständnisse von den Russen fordere, daß sie die Vertrauensmänner der Arbeiter über den Stand der Verhandlungen auf dem laufenden halte und ihnen den gebührenden Einfluß einräume. An zweiter Stelle steht das Verlangen nach Verbesserung der Ernährungsverhältnisse, wobei insbesondere die Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung verlangt wird. Dann folgt drittens die Forderung nach unverzüglicher Einführung des allgemeinen, gleichen und direkt wahlrechts für die Gemeindevorstellungen und viertens die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe.

Bei den Verhandlungen, welche die sozialdemokratische Parteileitung mit der Regierung führte, zeigte diese weitgehendes Entgegenkommen. In einer großen Vertrauensmännerversammlung der Wiener Arbeiter am 19. Januar berichtete der Abgeordnete Seitz unter anderem, daß die Regierung nach ihrer Erklärung dafür bürge, daß der Friede an Absichten von Eroberungen oder Entschädigungen oder an sonstigen selbstischen Gründen nicht scheitern könne. Der Ernährungsminister hatte mitgeteilt, daß die Regierung Maßregeln zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse getroffen habe, und daß zu dem Zweck auch Verhandlungen mit Ungarn und den Verbündeten eingeleitet seien. In bezug auf die Frage des Gemeindevahlrechts, die wegen der nationalen Gegensätze in Oesterreich besonders schwer zu lösen ist, hat die Regierung eine Neuregelung durch Einbringung von entsprechenden Vorlagen in die einzelnen Landtage in Aussicht gestellt. Bei der letzten Forderung haben die Arbeitervertreter darauf hingewiesen, daß das, was in Oesterreich durch die Militarisierung der Betriebe erstrebt wurde, in anderen Ländern durch Zivilgesetze, in Deutschland durch das Hilfsdienstgesetz geregelt sei. Der österreichische Zustand, nach welchem Arbeiter bei Differenzen mit dem Unternehmer vor das Militärgericht gestellt und nach militärischen Gesetzen abgeurteilt werden, sei nicht länger zu ertragen. Von der Regierung wurde eine baldige Besserung dieses Zustandes zugesagt. Die Vertrauensmänner haben darauf nach einer längeren Aussprache mit 308 gegen 2 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

In der Diskussion hatte auch Viktor Adler das Wort genommen und ausgeführt: „Es ist in den drei Tagen durchaus nicht alles erreicht worden. Wenn wir auch nicht als Sieger heimkehren, so können wir doch mit gutem Gewissen sagen, daß die Arbeitererschaft und ihre Vertreter aus der Lage herausgerissen haben, was herauszureißen war... Das Eis ist einmal gebrochen. Sollten sich noch weitere Hindernisse finden — wir sind da, und auch später wird es an Entschlossenheit nicht fehlen. Was wir durchgesetzt haben, ist lange nicht alles, aber die Arbeiter sind noch auf der Welt!“

Das dringende Verlangen der Arbeitererschaft nach Wiederherbeiführung des Friedens beschränkt sich nicht auf Oesterreich und Deutschland, auch in den feindlichen Ländern ist man des Krieges gründlich satt. Erklärlicherweise dringen Nachrichten über entsprechende Kundgebung nur spärlich zu uns, es hat aber den Anschein, als hätten sich gleichzeitig mit dem Generalstreik in Oesterreich ähnliche Vorgänge in England abgespielt. Auf dem Umwege über die Schweiz wird gemeldet, daß es am 16. Januar zu einer Massenarbeitseinstellung in den großen Munitionsfabriken in Manchester gekommen ist. Die Kundgebung richtete sich hauptsächlich gegen die Lebensmittelknappheit, und weitere umfangreichere Demonstrationen seien für die folgenden Tage in Manchester und den benachbarten Industriegebieten zu erwarten. In Woolwich, in der Nähe von London, haben Arbeiter der großen staatlichen Waffenfabriken für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen demonstriert.

Ob diese Vorgänge in England Einzelercheinungen sind oder ob ihnen eine größere Bedeutung zukommt, läßt sich auf Grund der unzureichenden Zeitungsmeldungen schwer beurteilen. Dagegen haben wir volles Verständnis für das Vorgehen der Arbeiter in Oesterreich. Was sie treibt, das sind dieselben Schmerzen, unter denen auch wir in Deutschland leiden. Auch bei uns werden die Ernährungs-schwierigkeiten künstlich vergrößert. Die Rücksicht auf den Profit der Produzenten hindert unsere Behörden, energisch zuzufassen. Sie könnten durch rücksichtslose Erfassung aller Vorräte den Schleichhandel unterbinden und die allgemeine Ernährung entsprechend verbessern. Aber alles Drängen nach dieser Richtung war bisher vergeblich.

Wie die österreichischen Völker, so sehnt sich auch das deutsche Volk nach Frieden. Wir wollen keine Eroberungen und lehnen die Angliederung fremder Völker an das Deutsche Reich ab. Wir achten das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Völker sind keine Viehherden, die von den Diplomaten verhandelt werden können. In Deutschland treibt die Vaterlandspartei eine lärmende Agitation für einen „Siegesfrieden“, der die anderen Nationen vergewaltigen soll. Diese widerwärtigen Heimkrieger, denen kein Opfer für ihre Annexionspläne zu groß ist, wenn es nur andere bringen, werden von unserer Regierung nicht mit der notwendigen Gründlichkeit abgeschüttelt. Es hat sogar den Anschein, als sei die deutsche Delegation bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht ganz frei von vaterlandsparteilichen Einflüssen.

Dieselben Leute, die in der Vaterlandspartei für Annexionen schwärmen, begeistern sich für die Erhaltung des deutschen Volkes in Unfreiheit. Sie sind eifrig dabei, Mühen zu legen gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt, und sie fühlen sich so stark, daß sie glauben, das deutsche Volk in so unerhörter Weise provozieren zu können, wie sie es durch die ganze Behandlung und die Verschleppung der preußischen Wahlrechtsvorlage tun.

Der Generalstreik in Oesterreich war für die dortigen Gewalthaber ein Menetekel. Er hat ihnen die Bedeutung der Arbeitererschaft für das Gemeinwesen in Erinnerung gerufen. Er hat ihnen gezeigt, daß die Arbeiter nicht willens sind, nur Objekte der Gesehgebung und verwaltungstechnischer Experimente zu sein. Die Arbeitererschaft will die Lenkung der Geschicke des Volkes mit beeinflussen. Die Arbeiter sehnen sich vor allem nach Frieden. Ihre Bereitwilligkeit zur Verteidigung des Vaterlandes haben sie durch die Tat bewiesen. Willig haben sie ihr Blut geopfert, solange es galt, die bedrohte Heimat zu schützen, und sie werden in dem Willen, das Vaterland zu verteidigen, nicht erlahmen. Aber sie lehnen sich dagegen auf, daß der Krieg verlängert werde, um Eroberungszielen nachzugehen. Die Machthaber in Oesterreich haben für diese Stellungnahme der Arbeiter Verständnis gezeigt, und sie sind ihren Wünschen entgegengekommen. Wir wollen hoffen, daß die Lehren des österreichischen Generalstreiks auch anderwärts verstanden werden.

## Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft im Jahre 1916.

Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft ist die weit-aus größte der für die Holzindustrie in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften. Im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahre, gehörten ihr 32 169 Fabrikbetriebe mit 276 278 Versicherten und 19 191 handwerksmäßige Bautischlereien mit 25 352 Versicherten an. Die Zahl der Betriebe hat sich während des Krieges nicht stark vermindert, was wohl daher kommt, daß die meisten der geschlossenen Betriebe nach im Verzeichnis der Berufsgenossenschaft weitergeführt werden. Der Rückgang des Gewerbes tritt aber bei der Zahl der Versicherten deutlich in Erscheinung. Im Jahre 1916 umfaßten die Fabrikbetriebe nur 151 603, die handwerksmäßigen Bautischlereien gar nur 7251 versicherte Personen. Auf Vollarbeiter (zu 300 Arbeitstagen) umgerechnet, läßt sich die Kriegswirkung folgendermaßen darstellen: Im Jahre 1913 umfaßte die Berufsgenossenschaft 301 630 Vollarbeiter, 1914 ging deren Zahl auf 245 017 zurück, 1915 waren es nur noch 160 176, und das Jahr 1916 brachte einen weiteren Rückgang auf 155 168.

Die anrechnungsfähigen Löhne sind um 3 599 980 M. gestiegen, und der Genossenschaftsvorstand weist besonders darauf hin, daß dies auf die Zahlung höherer Löhne zurückzuführen ist. In welchem Maße die Löhne gestiegen sind, ergibt die folgende Zusammenstellung, in welcher wir für die einzelnen Sektionen die Zahl der versicherten Personen und den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst für das Jahr 1913 und die Kriegsjahre 1915 und 1916 zusammengestellt haben.

Sektion	1913		1915		1916	
	Versicherte Personen	Anrechnungsfähiger Lohn auf den Kopf der Versicherten M.	Versicherte Personen	Anrechnungsfähiger Lohn auf den Kopf der Versicherten M.	Versicherte Personen	Anrechnungsfähiger Lohn auf den Kopf der Versicherten M.
I Danzig . . .	23737	943,86	13012	1046,51	14572	1124,48
II Breslau . . .	34332	867,67	20145	855,37	20608	893,09
III Crossen a. O.	32909	1062,25	18010	1113,18	16374	1199,10
IV Berlin . . .	34888	1578,26	18781	1640,25	17607	1745,05
V Hamburg . . .	26649	1268,62	13410	1230,39	11880	1285,42
VI Bremen . . .	42641	1106,23	23924	1124,98	23031	1186,92
VII Magdeburg . . .	22686	1014,53	13525	1049,19	12511	1101,86
VIII Hanau . . .	34613	1039,38	19793	1004,40	20080	1046,37
IX Köln . . .	46175	1239,84	23450	1220,55	22191	1296,90
Zusammen	301630	1134,72	164050	1144,81	158854	1204,92

Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst hat hier-nach tatsächlich eine Steigerung erfahren, diese Steigerung ist aber sehr bescheiden; der anrechnungsfähige Lohn war im Jahre 1916 um 6,2 Prozent höher als im Jahre 1913. Allerdings hat sich auch die Zusammensetzung der Arbeitererschaft geändert, es waren im Berichtsjahr viel mehr weibliche und jugendliche Arbeiter beschäftigt als in der Friedenszeit. Diese Veränderung war aber auch schon im Jahre 1915 eingetreten, wenn auch wohl nicht in dem gleichen Maße wie im Jahre 1916; verglichen mit dem Jahre 1915, ist der Durchschnittsverdienst im Jahre 1916 auch nur um 5,3 Prozent gestiegen. Trotz der eingetretenen Steigerung bleibt der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst in der Sektion Breslau noch erheblich, unter 1000 M. Selbst der höchste Durchschnittsverdienst in der Sektion Berlin mit 1745,05 M. hält sich in sehr bescheidenen Grenzen. Gegenüber dem Friedensstand ist die Zahl der versicherten Personen um 47,3 Prozent zurückgegangen. Am geringsten war der Rückgang in der Sektion Danzig mit 38,7 Prozent und Breslau mit 40,0 Prozent, während der Rückgang in der Sektion Hamburg 55,4 Prozent betrug. Trotz des Rückganges der Zahl der Beschäftigten ist die Zahl der gemeldeten Unfälle von 10 126 im Jahre

Soziales.

Obstruktion gegen das Wahlrecht.

Das Schicksal der preussischen Wahlrechtsvorlage ist noch völlig im Dunkeln. Das Abgeordnetenhaus hat die Vorlage nach einer Generaldebatte, die fünf Sitzungstage in Anspruch nahm, an eine Kommission verwiesen, die am 11. Januar ihre erste Sitzung hielt. Diese Wahlrechtskommission kann man mit vollem Recht als eine Ver- schleppungskommission bezeichnen, denn augenscheinlich ist ihr Bestreben darauf gerichtet, die Beratung in die Länge zu ziehen. Man begann die Obstruktion gegen die Wahlreform mit der Eröffnung der Generaldebatte, die völlig überflüssig war. Die allgemeinen Gesichtspunkte werden herkömmlicher Weise, in der ersten Lesung im Plenum erörtert. Die Kommissionsberatung hat den Zweck, die Einzelheiten einer Vorlage gründlich zu prüfen. Die Verfassungskommission des preussischen Abgeordneten- hauses erachtete es jedoch als angenehmen Zeitvertreib, zu- nächst vier Sitzungstage mit einer zwecklosen Generaldebatte auszufüllen.

Den Regierungsvertretern, dem Vizepräsi- denten des Staatsministeriums, Friedberg, und dem Minister des Innern, Drews, muß die Anerkennung gezollt werden, daß sie mit der größten Entschiedenheit für den Grund- gedanken der Reform, das gleiche Wahlrecht, ein- traten. Dabei ist der Minister Friedberg, der bis vor kurzem noch der Führer der nationalliberalen Fraktion des Abge- ordnetenhauses war, in einen scharfen Konflikt mit seinen bisherigen Parteigenossen gekommen, welche die Reform im ganzen bekämpften, ihren Hauptangriff aber gegen das gleiche Wahlrecht richteten. Das der Regierung gezollte Lob muß aber stark eingeschränkt werden angesichts der Tat- sache, daß sie gegenüber der Obstruktion der Kommission weites Entgegenkommen zeigt.

Die Gestaltung der Vorlage, die Bepan- dung der Wahl- rechtsreform mit überflüssigem Beiwerk, muß von vorn- herein den Anschein erwecken, als sei die Regierung doch nicht mit vollem Herzen bei der Reform. Das Volk in Preußen und in Deutschland verlangt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für das preussische Abgeordnetenhaus, und die Wahlrechtsbotschaften des Königs von Preußen verheißten die Erfüllung dieser Volks- wünsche. Die Art, wie die Regierung des Königs von Preußen das königliche Versprechen einlösen will, beweist ein starkes Mißtrauen gegen das Volk. Nicht nur, daß der Kreis der seither Wahlberechtigten eingeschränkt, den Frauen auch weiter das Wahlrecht vorenthalten und die seitherige Wahlkreiseinteilung bestehen bleiben soll, so daß das Wahlrecht auch nach der Vorlage im Grunde weder a l l g e m e i n noch g l e i c h ist, soll auch das Recht der Volkstammer noch erheblich eingeschränkt werden zugunsten des Herrenhauses. Dieses soll durch eine Verringerung seiner Zusammensetzung gestärkt werden und einen stärkeren Ein- fluß auf die Gestaltung der Gesetzgebung erhalten. Dem- entsprechend ist dem Landtag zugleich mit dem Gesetzentwurf über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auch ein solcher über eine anderweitige Zusammensetzung des Herrenhauses und ein dritter Gesetzentwurf zugegangen, der unter Ab- änderung der Verfassung die Rechte des Abgeordnetenhauses bei der Bewilligung oder Ablehnung der einzelnen Posten des Staatshaushalts empfindlich einengt.

Alle drei Gesetzentwürfe wurden einer gemein- samen Kommission überwiesen. Dadurch allein schon wird das Tempo der Erledigung verzögert. Gleich beim Beginn der Kommissionsberatung verlangten die Konservativen, alle drei Gesetze durch ein Mantelgesetz zu verbinden. Das heißt, Vorkehrungen zu treffen, um die drei Gesetze zu einem organischen Ganzen zu verschmelzen, derart, daß sie nur gleichzeitig zustande kommen können. Dieser Antrag liegt durchaus im Sinne der von den Wahlrechtsfeinden betriebenen Verschleppungspolitik. Das Volk verlangt die Re-

In dem Bericht der Aufsichtsbeamten wird betont, daß die Unfälle zum größten Teil auf die Unachtsamkeit und Leichtfertigkeit der Arbeiter zurückzu- führen sind; sehr oft sei auch die Nichtbenutzung der ge- botenen Schutzvorrichtungen an den Unfällen schuld. Da- gegen habe sich bei der Prüfung der Unfallursachen ergeben, daß in den allerwenigsten Fällen den Unternehmern ein Verschulden nachgewiesen werden kann, da nur sehr ver- einzelt die Schutzvorrichtungen an den betreffenden Ma- schinen, an denen Unfälle sich ereigneten, fehlten oder nicht in Ordnung waren. Dieses Urteil der Aufsichtsbeamten zeigt, daß sie ihre Aufgabe recht mechanisch auffassen. Auch uns ist die bedauerliche Tatsache bekannt, daß immer noch viele Arbeiter den Unfallverhütungsvorschriften gegenüber große Gleichgültigkeit an den Tag legen und die Schutzvor- richtungen nicht in der vorgeschriebenen Weise benutzen. Unser Verband führt gegen die Unachtsamkeit und Leicht- fertigkeit einen intensiven Kampf. Aber der Vorwurf, der die Arbeiter trifft, darf nicht dazu führen, die Unternehmer in der Weise, wie es hier geschieht, von Schuld und Fehl- freizusprechen.

Schon die Tatsache, daß von den 2858 revidierten Be- trieben 1226 zu Anordnungen Anlaß gaben, und daß ins- gesamt 3942 Anordnungen erlassen werden mußten, sollte zur Vorsicht mahnen. Aber auch abgesehen davon, können wir nicht zugeben, daß die Unschuld des Unternehmers schon als erwiesen gilt, wenn bei der Unfalluntersuchung durch den Beamten der Berufsgenos- senschaft die Schutzvorrichtung in Ordnung befunden wird. Zwischen dem Unfall und der Untersuchung liegt gewöhn- lich hinreichend Zeit, um die Maschine in ordnungsmäßigen Zustand zu versetzen. Dazu kommt das sehr wichtige Mo- ment, daß der Unternehmer verpflichtet ist, die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen. Der Ar- beiter, der die Schutzvorrichtung nicht benutzt, tut das ent- weder aus Unkenntnis oder aber, weil er glaubt, ohne sie im Interesse des Unternehmers schneller arbeiten zu können. Wenn der Unternehmer den ordnungswidrigen Zustand duldet, dann trägt er zum mindesten die Mitschuld an dem Unfall. Dieser Schuld wird er nicht dadurch ledig, daß er gelegentlich auf die Unfallverhütungs- vorschriften hingewiesen hat, ohne durch den erforderlichen Ernst und den nötigen Nachdruck zum Ausdruck zu bringen, daß er auch ihre Beachtung unter allen Umständen verlangt. Dem Aufsichtsbearbeiter, der diese psychologischen Momente nicht beachtet und sich lediglich auf die Feststellung beschränkt, ob eine Schutzvorrichtung vorhanden war, man- gelt die notwendige Fähigkeit, sich über die Schuldfrage zu äußern, und wenn er trotzdem Urteile abgibt, dann kann ihnen eine Bedeutung nicht beigemessen werden.

Für die Dauer des Krieges können sich die Unternehmer vom Genossenschaftsvorstand einen Dispens erwirken, um auch weibliche und jugendliche Personen an Maschinen beschäftigen zu können. Hieron ist sicher starker Gebrauch gemacht worden, wenn auch zahlenmäßige Angaben darüber nicht gemacht werden. Bei der Erteilung der Erlaubnis wird stets mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß diese Personen nur nach vorsichtiger Aus- wahl und gründlicher, sachgemäßer Un- terweisung mit gefährlichen Arbeiten beauftragt werden dürfen. Damit hat der Genossenschaftsvorstand seine Pflicht erfüllt. Darüber, daß geprüft worden wäre, inwieweit der Hinweis beachtet wurde, enthält der Bericht nichts. Die geringe Zahl der schwerverletzten weiblichen und jugend- lichen Arbeiter illustriert die Wirkung der gestatteten Aus- nahmen und die Beachtung, welche die Ermahnungen des Genossenschaftsvorstandes gefunden haben. Bei wirklich ob- jektiver Prüfung würden die Aufsichtsbeamten sicher ge- funden haben, daß die Unternehmer in weit höherem Maße die Schuld an Unfällen tragen, als es nach den Berichten der Organe der Berufsgenossenschaft den Anschein hat.

1915 auf 10 425 im Jahre 1916 gestiegen. Bei der ver- änderten Zusammensetzung der Arbeiterschaft ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß die Zahl der Unfälle im Verhältnis zu der Zahl der Beschäftigten fortgesetzt steigt. Auf 1000 Vollarbeiter kamen im Jahre 1913 53,85 Unfall- meldungen, 1914 waren es 56,78, 1915 stieg die Zahl auf 63,21, und sie erreichte im Jahre 1916 mit 67,18 den höchsten jemals erreichten Stand. Auch die Zahl der schweren Unfälle, bei denen die Berufsgenossenschaft eine Ent- schädigung zu zahlen hatte, ist fortgesetzt gestiegen. Von 922 auf 1000 Vollarbeiter im Jahre 1913 auf 10,03 im Jahre 1914 und 10,12 im Jahre 1915. Das Jahr 1916 brachte eine weitere Steigerung auf 11,01. Auch hinsicht- lich der Unfallhäufigkeit weisen die einzelnen Sektionen erhebliche Unterschiede auf. Am günstigsten steht die Sek- tion VII (Magdeburg), wo auf 1000 versicherte Personen 8,5 entschädigte Unfälle kommen, dann folgt die Sektion VIII (Saxan) mit 8,9 entschädigten Unfällen. Am ungünstigsten stehen die Sektionen IX (Köln) mit 12,5 und I (Danzig) mit 15,4 entschädigten Unfällen auf 1000 versicherte Per- sonen.

Ueber die Zusammensetzung der Arbeiterschaft nach Alter und Geschlecht geben die Berichte der Berufsgenos- senchaften keine zahlenmäßigen Auskünfte. Die starke Steige- rung der Zahl der entschädigten Unfälle, von denen weibli- che Personen betroffen wurden, läßt aber darauf schließen, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen eine erhebliche Zunahme erfahren hat. In den Jahren 1913 bis 1915 wurden erstmalig entschädigt 32, 29 und 25 erwachsene Ar- beiterinnen; diese Zahl schnellte im Jahre 1916 auf 90 hinauf. Auch die Zahl der schwerverletzten Jugend- lichen unter 16 Jahren ist gegenüber dem Vorjahr ge- stiegen, und zwar die der männlichen von 80 auf 95, die der weiblichen von 1 auf 6.

Auch die Folgen der Unfälle sind schwerer ge- worden. Die Zahl der tödlichen Unfälle stieg gegenüber dem Vorjahr von 85 auf 111 oder von 0,531 auf 1000 Voll- arbeiter auf 0,715. Dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit wurde in 3 (1915 in 2) Fällen festgestellt. Dauernd teil- weise Erwerbsunfähigkeit in 519 (520) und vorübergehende Erwerbsunfähigkeit in 1076 (1014) Fällen. Die Getöteten haben 79 (60) Witwen, 150 (95) Kinder und 2 (2) ent- schädigungsberechtigte Verwandte aufsteigender Linie hinter- lassen.

Das Bild, das der Bericht der Berufsgenossenschaft bietet, ist wenig erheitlich. Leider läßt trotz der gestiegenen Unfallgefahr die Beaufsichtigung der Betriebe sehr viel zu wünschen übrig. Die Norddeutsche Holzberufs- genossenschaft verfügt insgesamt über neun technische Auf- sichtsbeamten, aber nur zwei von ihnen waren während des ganzen Jahres im Aufsiehdienst tätig. Im Bericht wird mitgeteilt, daß es trotz unausgesetzten Bemühens nicht mög- lich gewesen ist, Ersatz für die fehlenden Beamten zu be- schaffen. In fünf Sektionen, I, II, V, VII und IX haben überhaupt keine Revisionen stattgefunden, in der Sektion III wurden nur 5,67 Prozent der Gesamtarbeiter revidiert, und selbst in der Sektion IV, wo am intensivsten revidiert wurde, wurden nur 48,51 Prozent der Arbeiter von der Revision erfaßt. In der gesamten Berufsgenossenschaft wurden 5,77 Prozent der Betriebe und 13,04 Prozent der Arbeiter revi- diert. Von den revidierten Betrieben wurden nur 57,10 Prozent in Ordnung befunden.

Eigenartig berührt es, daß immer noch in erheblicher Zahl Abzichmaschinen mit Bierkantwelle in Be- trieb sind. In 182 Fällen mußte die Anschaffung der runden Welle angeordnet werden. Sieht man in Betracht, daß nur ein kleiner Teil der Betriebe revidiert wurde, dann darf man annehmen, daß in noch recht vielen Betrieben diese nun schon längst selbstverständliche Schutzmaßnahme un- beachtet bleibt. Von den Holzbearbeitungsmaschinen steht in bezug auf Unfallgefahr die Kreisäge weitaus an erster Stelle. Von 936 Unfällen an Arbeitsmaschinen fielen ihr allein 449 zur Last. Dann folgt die Sägefräse mit 129 und die Abzichmaschine mit 100 Unfällen.

Was ist Bildung?

Von Aug. Fleming.

Nicht nur in traulichen Familientreffen, in jeder Gesell- schaft, an allen Stammtischen, sogar auf der Straßenbahn und in den Pausen von Konzerten und Theateraufführungen wird von der Schule gesprochen. Von der Schule schreiben auch alle Tageszeitungen und alle Familienjournale sehr viel, und da sich in weiten Kreisen das ganze Leben lat- schlich um die Schule dreht, spielt auch in dem Schrift- wechsel zwischen Verwandten und Freunden die Schule eine große Rolle. Besonders in der Zeit, wo es in den Schulen Genjuren gibt, haben manche Leute nur noch Sinn für sie. Sie erzählen da manche Eltern, Opa's und Tante's, wenn ihre Kinder gute Genjuren erhielten, wie gedrückt fühlen sie sich, wenn die Genjuren schlicht ausfielen! Um die Zeit der Schulferien gibt es in manchen Familien wochenlang nichts anderes als Kerger und Gaun, wird in anderen überall eifrig dafür gewarnt, daß nur ja in weiten Kreisen bekannt werde, wie gute Genjuren die Kinder erhielten. Es ist nicht verwunderlich, wenn man behauptet, manche Familie hätte die „Genjurenkrankheit“, die Kinder seien dadurch auf für sie unpassende Lebenswege gedrängt und sie und die Eltern für immer unglücklich geworden.

Der sich nicht von dem „Strom der Zeit“ treiben läßt, sondern dem Leben und seinen vielen Wendungen stets mit dem Sinne folgt, der hat stets bemerkt und ist oft bereits gewarnt darüber, daß von Jahr zu Jahr das staatliche Können weniger, das schulmäßige Wissen mehr und immer mehr gewürdigt wurde. Es ist keine neue, doch eine längere Zeit hindurch überall von dem „Schulmeister von Codowa“, der die Schlach- ten gewonnen hätte. Der bis dahin leider so wenig ge- achtete und so sehr bedrückte Volksschullehrer wurde nun plötzlich eine der wichtigsten Personen der Gesellschaft. Dar- über konnte sich ja jeder recht und billig denkende Mensch freuen, denn es ist ein sehr gutes Zeichen, daß man sich nicht mehr als bloßer Zuschauer betrachtet, sondern als ein gebildet sei, und somit der Bildung

dunkel gewaltig ins Kraut schoß. Was ist denn nun eigentlich Bildung?

Es gab zu allen Zeiten und gibt auch jetzt noch geistige Größen, denen ein nur geringes Schulwissen eigen war oder ist. Es wird z. B. Wolfram von Eschenbach von den Literaturprofessoren noch immer als ein großer Dichter be- zeichnet, und der konnte nicht lesen und nicht schreiben, er diktierte seine Gedichte. Die großen Baumeister und Kunst- handwerker der Blütezeit deutscher Kunst waren im Be- griff zu den jetzigen wenig schulmäßig gebildet, und doch werden ihre Werke, die alten Dome, Burgen und Schlösser und die kunstgewerblichen Schätze, die darin und in Museen zu sehen sind, noch jetzt von allen vorurteillosen Kennern der Kunst als Meisterwerke verehrt; die sich nicht über- treffen lassen. Adolf Menzel stand mit den Regeln (nicht mit dem Geiste) der Sprache sehr auf dem Kriegsfuß, war aber doch ein großer Maler und Zeichner. Der begnadete Johann Sebastian Bach war nicht so geschult wie die Pro- fessoren und Doktoren der jetzigen musikalischen Hochschulen, übertrug sie alle jedoch künstlerisch bergehoch. Es waren überhaupt nie und sind auch jetzt noch nicht die Künstler und Kunsthandwerker die tüchtigsten, die über die meisten Schulkenntnisse verfügten oder verfügten. Einen Menschen, der in seinem Fach tüchtig ist, jedoch über nur geringes Schulwissen verfügt, ungebildet zu nennen, das wäre doch nicht allein unfaunig, sondern geradezu dumm und ge- mein. Allerdings ist in der Kunst und dem Handwerk alles Wissen nur Mittel zum Zweck, das Können die Hauptsache. Aber ist es auf dem Gebiete der Wissenschaft im Grunde nicht ebenso? Wieviel Ärzte und Lehrer aller Art gibt es nicht, die sehr viel wissen und doch nichts oder nur wenig können! Es läßt sich denn auch nachweisen, daß alle wahr- haft großen Denker ihr schulmäßiges Wissen auch nur als Mittel zum Zweck, gewissermaßen als Handwerkszeug be- trachteten. Nur einige Beispiele dafür.

Der Mann Heligand Goethe war nicht allein der große Dichter, auch — das ist in der wissenschaftlichen Welt und allgemein längst anerkannt — ein großer Gelehrter, der die Wissenschaft sehr betrachtete, ihr ganz neue Wege erschloß und sie mit seinem Geiste noch jetzt antreibt und durchleuchtet.

Und doch war er bescheiden und besann: „Und seht, daß wir nichts wissen können! Das will mir schier das Herz verbrennen.“ Ähnlich urteilten die großen Gelehrten aller Zeiten, so auch die der Gegenwart. Du Bois-Reymond sagte in Hinsicht auf das große Rätsel des Weltbaues: „Ignoramus, ignorabimus — wir wissen es nicht und wer- den es nie wissen.“ Der Professor Dr. O. Lummer vom physikalischen Institut der Universität Breslau denkt ebenso, sagte denn auch oft zu seinen Studenten und schrieb für die Öffentlichkeit, gelehrter Hochmut sei der größte Feind echter Wissenschaft, man könne wohl beweisen, dies sei so, das andere so; aber was er um es so und nicht anders wäre, das wüßte man noch immer nicht; man müsse deshalb be- scheiden sein und geduldig innerhalb der Grenzen weiter- forschen, die dem Menschengeist und aller Wissenschaft nur- mal gezogen seien. Und der Professor Dr. A. Hillebrand — ebenfalls an der Universität Breslau — warnte ebenfalls oft vor der Ueberschätzung der wissenschaftlichen Bildung, sagt vor einiger Zeit im preussischen Herrenhause, Männer und Frauen aus den wenig geschulten Kreisen des Volkes hätten in manchen Dingen ein schärferes Urteil als die gelehrten in praktischer Arbeit in der Werkstatt, im Hause, der Küche im Garten, auf dem Felde erforderte viel mehr Geist, als manche wissenschaftlich gebildete Personen sich träume- ließen.

Was ist Bildung? Alles Wissen läßt sich übertrage- und kann daher bei vielen völlig gleich sein; das Können dagegen ist an die Person gebunden, ist bei allen verschie- den; dieses läßt sich darum auch viel schwerer erlernen als jenes. Darum hieß es immer und heißt es auch jetzt noch: Kunst und Wissenschaft, stellt man also das Können vor! Und doch schätzt man im allgemeinen das gebildete Wissen höher als das gebildete Können! Unglaubliche Verirrung!

Gebildet ist jeder, der auf seinem Gebiete weitest- mittelmäßig tüchtig ist und erkannt hat, daß ein Mann für sich allein fast nichts, nur im Bunde mit andern etw- vermag; dabei ist es ganz gleich, ob jemand Doktor od- Professor, Handwerker oder Arbeiter ist, in der Küche od- im Garten schafft. Und mehr als durch das Wissen wi-

forum des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus. Um dem Volkswillen Rechnung zu tragen, müßte diese Reform herausgehoben und mit der größten Beschleunigung vorweg erledigt werden. Die Wahlrechtsfeinde wollen das Gegenteil, und die Regierung kommt ihren Wünschen entgegen. Der Minister Friedberg erklärte, daß die Regierung nicht einem Gesetz zustimmen werde, wenn nicht auch über die anderen eine Einigung erzielt sei. Damit hat die Regierung einen ihrer wertvollsten Krämpfe aus der Hand gegeben und der Wahlrechtsfeindlichen Obstruktion die Wege geebnet.

Vier Tage hat dann die Verfassungskommission mit zweifachen Reden vergeblich, mit einer Generaldebatte, die kein anderes Ziel hatte, als die Beratung in die Länge zu ziehen. Als sie dann endlich dazu kam, einen Beschluß zu fassen, da verfehlte sie damit dem Volk eine schallende Ohrfeige. Das preußische und das deutsche Volk erwartet mit Spannung eine Entscheidung in der Wahlrechtsfrage, es will wissen, wie sich die Kommission des Abgeordnetenhauses zu dieser wichtigsten Frage der Gegenwart stellt. Die Kommission des Junkerparlaments aber sagt: Wir pfeifen auf die Wünsche des Volkes. Die Wahlrechtsreform ist uns durchaus nicht wichtig, es handelt sich dabei doch nur um Volksrechte. Viel wichtiger ist es uns, die Vorrechte der Herren zu befestigen und zu sichern. Erst kommen die Herren, dann erst das gewöhnliche Volk. Demzufolge ging der Beschluß dahin, zuerst die Vorlage über das Herrenhaus zu beraten.

Die seitherige Beratung der Kommission hat gezeigt, daß die Konservativen mit den Nationalliberalen in der Verhinderung der Wahlreform Hand in Hand arbeiten. Dabei sind es die Nationalliberalen, die Vertreter des reichgewordenen Bürgertums, die den konservativen Junkern die Steigbügel halten. Sie waren es, welche die vorzugsweise Behandlung der Herrenhausvorlage anregten, sie sind es auch, welche dem gleichen Wahlrecht die größten Hindernisse in den Weg legen. Die konservativen lassen sich diese Hilfe gern gefallen, und das Zentrum sieht den Dingen schmunzelnd zu. Das Zentrum steht in feiner überwiegenden Mehrheit einem demokratischen Wahlrecht ablehnend gegenüber. Der Flügel des Zentrums, der entsprechend den Wünschen seiner Arbeiterwähler für das Wahlrecht eintritt, ist sehr schwach. Aber die in der Partei ausschlaggebenden Wahlrechtsfeinde im Zentrum können einstweilen die Rolle des schweigenden Philosophen spielen und befriedigt feststellen, daß Konservative und Nationalliberale ihre Geschäfte besorgen. Die Freunde des Wahlrechts, Freisinnige, Sozialdemokraten und Polen, sind im Abgeordnetenhaus und dementsprechend in der Kommission so schwach vertreten, daß sie keinen Einfluß ausüben können.

Die Verfassungskommission des Abgeordnetenhauses hat nun mit der Beratung der Herrenhausvorlage begonnen. Damit die Sache nicht zu schnell vorliefen, wurde beschloffen, nur höchstens an vier Tagen der Woche Sitzungen zu halten. Wie lange man sich mit dieser Vorlage beschäftigen wird, läßt sich gar nicht schätzen. Das Herrenhaus soll als Bremskammer gegen fortschrittliche Beschlüsse der Volksvertretung wirken. Es soll eine Vertretung der verschiedenen Stände sein. Bereits hat ein Wettlauf der verschiedenartigsten Standesorganisationen um Einräumung von Sigen in der Herrenkammer begonnen. Diese Eingaben bieten reichlich Gelegenheit, die Zeit mit Geschwätz totzuschlagen. Auch sonst läßt sich gerade über das Herrenhaus so vieles reden, und die Gelegenheit dazu wird sicher wahrgenommen werden, daß auf die Beratung dieser Vorlage einige Monate verwendet werden dürfen. Dann kommen die anderen beiden Vorlagen an die Reihe, die in dem gleichen gemächlichen Tempo erledigt werden. Es kann sehr lange dauern, bis die Kommission mit ihrer Arbeit fertig ist. Dann kommt die Sache an das Plenum, wo die Obstruktion fortgesetzt wird. Ist das Abgeordnetenhaus fertig, dann kommen die Vorlagen an das Herrenhaus,

in allen Fällen die Nichtigkeit eines Menschen durch sein Können bewiesen. Manche Dame hat die Kochkunst studiert und weiß sehr viel davon, kann aber doch nicht kochen. Und mancher Lehrer hat seine Examina mit Glanz bestanden, konnte dann aber doch nicht gut lehren. Dann erst in der Werkstatt! „Was nützt alles Reden, wenn die Stiefel nicht passen!“, sagt der Volksmund. In der Werkstatt nützt die beste Schulbildung nichts, gar nichts, wenn das Werk nichts taugt. In der Werkstatt zeigt es sich übrigens auch, daß die wahre Bildung des Könnens den Menschen ebenso bescheiden und zugleich edelsinnig macht wie die wahre Bildung des Wissens. Je weiter z. B. ein Holzarbeiter in seinem Fach gekommen ist, je mehr er erkennt, wie viel er noch zu lernen hat. Er wird in dieser Erkenntnis ebenso wie ein bedeutender Gelehrter bei jedem Fortschritt auf seinem Gebiet immer bescheidener und zugleich besser. Der Nichtigste in einer Werkstatt überhebt sich nicht über seinen noch etwas pfuscherischen Kollegen, sondern hilft ihm nach Möglichkeit bei der Arbeit, bemüht sich, ihn weiterzubilden und wenigstens auf den Weg zur Meisterschaft zu bringen.

Die Wissenschaft oder das Schuwissen im allgemeinen unterschätzt kein verständiger Mensch, am wenigsten der tüchtige Arbeiter; er sucht es denn erfreulicherweise auch in der Schulbildung so weit wie möglich zu bringen, läßt es auch nie an dem Respekt vor dem nur schulmäßig gebildeten Mitmenschen fehlen. Aber gerade deshalb, weil er die Bildung des Wissens achtet, ist er nicht bloß berechtigt, sondern sogar verpflichtet, von jedem Respekt vor der Bildung des Könnens zu verlangen!

Was ist Bildung? Wahre Bildung, ganz gleich, ob die des Könnens oder des Wissens, ist bescheiden. Wer sich auf sie viel einbildet, dunkelhaft und herrschsüchtig ist, beweist damit, daß er noch ungebildet ist. Und wer wahrhaft gebildet ist, hat auch ein Herz für seine Mitmenschen. Fehlt es ihm an der Liebe zu seinen Mitmenschen und an dem Gefühl der Zusammengehörigkeit mit allen, so ist er mit allem Wissen doch nur ein schwarzer Seufel, kein gebildeter Mensch.

wo das interessante Spiel weitergeführt und das geduldige Volk weiter an der Nase herumgezogen werden kann. Gibt es dann Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Häusern, dann kann das muntere Spiel von vorn begonnen werden, wenn — sich das Volk diesen Standal ruhig gefallen läßt.

So wie die Dinge jetzt aussehen, sind die Aussichten für das Zustandekommen der Wahlrechtsreform sehr trübe. Die Volksfeinde wollen vor allem Zeit gewinnen. Sie wollen das Volk hinhalten, um es nachher um seine Rechte zu pressen. Wenn sie dabei an Beispiele aus der Geschichte denken, haben sie so unrecht nicht. Es ist schon mehr als einmal vorgekommen, daß die Völker in schwierigen Zeiten mit glänzenden Versprechungen geködert wurden, daß aber mit dem Verschwinden der Gefahr auch die Erinnerung an die gegebenen Versprechungen verschwunden war. In der gleichen Weise glaubt man auch diesmal verfahren zu können, um später dem Volk als Antwort auf sein Wahlrechtsverlangen die gepanzerte Faust zeigen zu können.

Diese Rechnung ist aber falsch; sie läßt außer Betracht, daß sich die Zeiten geändert haben und inzwischen das deutsche Volk mündig geworden ist. Es ist ein gefährliches Unterfangen, mit ihm Schindluder spielen zu wollen. Jetzt muß das Verlangen nach einem freien Wahlrecht für den preussischen Landtag erfüllt werden. Nicht nur, weil es der König von Preußen versprochen hat, sondern weil das deutsche Volk es will. Ueber die Stärke dieses Volkswillens mag man sich keiner Täuschung hingeben. Auf der preussischen Regierung lastet eine schwere Verantwortung. Glaubt sie dem Versprechen des Königs und dem Willen des Volkes nicht voll Rechnung tragen zu müssen, dann muß sie schon die Rücksicht auf die eigene Selbstachtung dazu zwingen, dem Postenspiel, das in der Landtagskommission gegen sie gespielt wird, rechtzeitig ein Ende zu machen. Die Zeit naht, wo die Regierung gegen die hochmütigen Wahlrechtsfeinde energisch auftreten muß. Hoffentlich bringt sie die hierzu erforderliche Kraft auf und läßt den rechten Zeitpunkt nicht verstreichen.

**Zulagen zu den Unfallrenten.**

Der Bekanntmachung des Bundesrats über Zulagen zu den Invalidenrenten ist nun eine weitere gefolgt, durch welche in gleicher Weise den Beziehern von Unfallrenten die Verbesserung ihrer Bezüge zugebilligt wird. Die Zulage beträgt acht Mark im Monat, doch haben auf sie nur solche Verletzte Anspruch, deren Rente mindestens zwei Drittel der Vollrente beträgt. Verletzte, die sich im Ausland aufhalten, erhalten die Zulage nicht; diese kann auch verweigert werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Die Zulage wird nur auf Antrag bewilligt, der an den Versicherungsträger (Berufsgenossenschaft) oder an ein Versicherungsamt zu richten ist. Die Entscheidung wird vom Versicherungsträger getroffen, der bei einem ablehnenden Bescheid auch die Gründe mitzuteilen hat. Binnen einem Monat nach der Zustellung des Bescheides kann gegen diesen Einspruch beim Oberversicherungsamt erhoben werden, welches endgültig entscheidet. Die Zulage wird nur für volle Kalendermonate und nicht länger als drei Monate rückwärts, gerechnet vom Beginn des Monats, in welchem der Antrag eingegangen ist, gewährt. Die Gewährung dieser Zulagen ist nur für die Zeit vom 1. Februar bis 31. Dezember 1918 vorgesehen.

Auch die Zulagen zu den Invaliden- und Witwenrenten sollen mit Ende dieses Jahres wieder in Fortfall kommen. Merkwürdigerweise sind die Bezüge von Altersrenten von dem Genuß der Zulage ausgeschlossen. Ob man wohl glaubt, daß die alten Leute von der Leistung weniger hart betroffen werden, oder erachtet man sie als weniger nützliche Glieder der Gesellschaft, an deren Erhaltung nicht viel gelegen ist? Wir wollen hoffen, daß die Altersrentner nur infolge eines Verfehles übergangen wurden, und daß dieses Versehen recht bald gutgemacht wird. Auch die Aufhebung der Zulage mit Jahreschluss wird wohl nicht durchgeführt werden, ohne daß die Angelegenheit vorher in anderer Weise eine Regelung erfahren hat.

**Die Besteuerung der Teuerungszulagen.**

Die Frage, ob die Teuerungszulagen zum steuerpflichtigen Einkommen gehören, ist in den verschiedenen Bundesstaaten von der Gesetzgebung und der Verwaltung recht unterschiedlich beantwortet worden. Der preussische Landtag beschäftigte sich im vorigen Jahr mit einem Antrag, der die Teuerungszulagen von der Besteuerung durch Staat und Gemeinde freilassen wollte. Beschlossen wurde damals und durch das Gesetz vom 31. Mai 1917 festgelegt die Steuerfreiheit der Teuerungszulagen, die von Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten und von Arbeitern in Reichs-, Staats- und Gemeinbediensten bezogen werden. Anträge, welche die gleiche Vergünstigung auch für Angestellte und Arbeiter in privaten Diensten forderten, scheiterten an dem Widerspruch der Regierung. Sie wurden abgelehnt.

In abweichender Weise wurde die Frage inzwischen in anderen Bundesstaaten geregelt; in Bayern, Württemberg und Hessen werden alle fortlaufenden Teuerungszulagen, gleichviel ob es sich um Angestellte und Arbeiter in öffentlichen oder privaten Diensten handelt, als steuerpflichtig angesehen, während in anderen Bundesstaaten diese Zulagen nicht versteuert werden. So ist es bisher auch in Sachsen gehalten worden. Jetzt hat aber die sächsische Regierung dem Landtag einen Vorschlag vorgelegt, nach welchem vom Jahre 1918 an alle laufend oder wiederkehrend gewährten Zulagen, Beihilfen und dergleichen dem steuerpflichtigen Einkommen zugurechnen sind. Dagegen sollen einmalige Unterstützungen auch weiterhin unbesteuerbar bleiben. In der Begründung dieser Vorlage wird unter anderem erwähnt, daß auch andere Bundesstaaten, die bisher die Teuerungszulagen steuerfrei ließen, nunmehr beabsichtigen, sie der Besteuerung zu unterwerfen.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 5. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 7412 (Zobl.) Herm. Rommler, Hilfsarb., geb. 27. 1. 01 zu Stuttgart.
- 0402 (Zobl.) Jos. Dietmair, Holzarb., geb. 15. 3. 01 zu Landsberg a. Lech.
- 410277 Adolf Wiegand, Eschl., geb. 20. 9. 63 zu Löffelb.
- 462414 Reinhold Marschner, Pol., geb. 18. 9. 86 zu Lausig.
- 614250 Rich. Samtleben, Holzarb., geb. 6. 8. 83 zu Heubühl.
- 651288 Feinr. Torlee, Modelit., geb. 20. 12. 82 zu Rheinb.
- 684210 Ludw. Meyer, Schiffszimm., 28. 7. 92 zu Bremen.
- 717978 Louis Roselieb, Eschl., 27. 12. 95 zu Reifenhäusen.
- 736732 Maria Ruile, Hilfsarb., geb. 5. 3. 98 zu Baal.
- 754714 Martha Hofmann, Korbarb., geb. 2. 10. 92 zu Mühlberg (Elbe).
- 767989 Marie Schröder, Korbarb., geb. 18. 8. 80 zu Martinstkirchen.
- 770777 Franz Sulzmann, Eschl., geb. 3. 11. 79 zu Weighelm.
- 806150 Marie Mintel, Pol., 20. 3. 96 zu Königsberg i. Pt.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

**Zentralkommission der Korbmacher.**

Für das Geschäftsjahr 1918 wurde wieder der Unterzeichnete als Leiter der Zentralkommission der Korbmacher ernannt. Gleichzeitig ersuchen wir um recht baldige Einsendung der an alle Korbmacherorte ausgegebenen Jahresberichte. Alle Anfragen und Zuschriften sind wie bisher zu richten an

Paul Bräuner, Berlin SO. 30, Wiener Straße 38.

**Korrespondenzen.**

**Düsseldorf.** Unsere Zahlstelle hielt am 20. Januar ihre ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem vorgelegten Bericht waren am Schluß des Jahres 1916 410 Mitglieder vorhanden, bis zum Schluß des Jahres 1917 ist die Mitgliederzahl auf 756 gestiegen. Der Markennummus hat sich gegenüber dem Vorjahr von 5742 auf 8906 Stück gehoben. Wenn die Zahlstelle auch wieder merklich zugenommen hat, ist es doch Pflicht der Kollegen, noch den letzten Holzarbeiter für den Verband zu gewinnen. Eine vom Hauptvorstand eingesandte Abrechnung für gezahlte Kriegsunterstützung, zu der die Lokalkassen 30 Prozent beitragen sollen, führte eine erregte Debatte herbei. Während wohl die meisten Zahlstellen der Meinung waren, daß 30 Prozent von den am Orte ausgezahlten Geldern die Lokalkassen tragen sollten, hat der Hauptvorstand sämtliche Kriegsunterstützungsgelder zusammengerechnet und hiervon 30 Prozent auf die Lokalkassen umgelegt, so daß für Düsseldorf nach der Abrechnung des Hauptvorstandes 13 292 Mk. zu zahlen sind, welche Summe bald die Hälfte des Lokalvermögens ausmacht. Beim Kartellbericht wurde besonders die Spruchpraxis des hiesigen Schlichtungsausschusses von den Kollegen kritisiert, ferner, daß im Baugewerbe den Unternehmern vom Kriegsantritt verboten ist, mehr Lohn zu zahlen, als tariflich festgesetzt ist. Im großen und ganzen hat das Kartell sich große Mühe gegeben, wenn auch leider nur wenig erreicht worden ist. Zum Schluß machte der Bevollmächtigte noch darauf aufmerksam, daß in nächster Zeit eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde einzutreten hat. An den Kollegen liegt es jetzt, selbst mehr dabei herauszuholen, die jetzigen Lebensverhältnisse sind dazu angetan.

**Aus der Holzindustrie.**

**22 000 neue Mitglieder.**

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1917 um rund 22 000 gesteigert. Der Verband zählte am Ende des Jahres 1916 68 240 Mitglieder, und bei der Arbeitslosenzählung am Schluß des Jahres 1917 wurden 90 118 Mitglieder festgestellt, wobei aber eine Reihe von Zahlstellen nicht berücksichtigt wurde.

Die Zählung der Verbandsmitglieder erfolgt nach zwei verschiedenen Methoden. Bei der monatlichen Arbeitslosenzählung werden die von den Zahlstellen gemachten Angaben addiert. Außerdem nimmt aber der Verbandsvorstand eine genaue Zählung auf Grund des vierteljährlich mit der Abrechnung eingekauften Namensverzeichnis vor, wobei auch die Beitragsleistung des einzelnen Mitgliedes kontrolliert wird. Ein Vergleich der Ergebnisse dieser beiden Zählungen ergibt eine so weitgehende Übereinstimmung, daß man unbedenklich die bei der Arbeitslosenzählung festgestellte Mitgliederzahl als richtig ansehen kann.

Im Jahre 1916 war die Mitgliederzahl noch schwankend. Bis zum ersten Quartal 1916 war sie andauernd zurückgegangen bis auf 68 917. Das zweite Quartal 1916 brachte eine kleine Steigerung auf 69 318, das dritte wieder einen Rückgang auf 67 964. Damit war der niedrigste Stand erreicht. Am Schluß des vierten Quartals hatten wir wieder 68 240 Mitglieder; diese Zahl stieg am Schluß des ersten Quartals 1917 auf 72 828, im zweiten Quartal auf 77 341 und im dritten Quartal, für welches die Abrechnung noch nicht veröffentlicht werden konnte, auf 88 557. Am Jahreschluss waren die 90 000 Mitglieder beträchtlich überschritten.

Die Mitgliederzunahme ist zu einem wesentlichen Teil der Steigerung der Zahl der weiblichen und jugendlichen Mitglieder zu danken, doch hat im letzten Jahre auch die Zahl der männlichen Mitglieder wieder eine erhebliche Zunahme erfahren. Der Abgang durch die immer noch anhaltenden Einberufungen wird durch den Beitritt neuer Mitglieder reichlich wettgemacht. Die Mitglieder-

Entwicklung des Verbandes, wie sie sich auf Grund der Quartalsabrechnungen ergibt, veranschaulicht die folgende Zusammenfassung:

Table with 5 columns: Quartal, männliche, weibliche, jugendliche, zusammen. Rows for quarters 1-4 of 1916 and 1917.

In dem Jahr vom 1. Oktober 1916 bis zum 1. Oktober 1917 ist somit die Zahl der männlichen Mitglieder von 60 742 auf 68 512 oder um 12,8 Prozent gestiegen...

Nicht beachtlich ist die Werbekraft, die der Verband in dem jetzt abgelaufenen Jahre bewiesen hat. Im Jahre 1915 wurden 16 634 Mitglieder aufgenommen...

Im ganzen genommen ist dieser Rückblick auf die Entwicklung unseres Verbandes im abgelaufenen Jahre geeignet, Befriedigung auszulösen. Wir marschieren vorwärts, trotz der Hemmnisse, die der Krieg und seine Begleiterscheinungen unserer Gewerkschaftsarbeit in den Weg legt...

Möbelhändler in den besetzten Gebieten.

Ein Kollege teilt uns bei der Rückkehr von einer Reise in die Provinz mit, daß er im Hotel zufällig Gelegenheit hatte, ein Gespräch anzuhören...

Diese Mitteilung scheint uns recht beachtlich. Inwieweit sie den Tatsachen entspricht, können wir natürlich nicht untersuchen, wir möchten aber den zuständigen Behörden dringend empfehlen, diesen Dingen nachzugehen...

Der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schuhverbandes im Reichswirtschaftsamt.

Die „Fachzeitung“ teilt mit, daß der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schuhverbandes für das deutsche Holzgewerbe, Tischlermeister Koniehnj (Breslau), in das Reichswirtschaftsamt berufen wurde...

Gewerkschaftliches.

Die Glasarbeiter gegen die Generalkommission.

Am 13. und 14. Januar fand eine Konferenz der Glasarbeiter-Verbandes statt, an welcher der Vorstand, des Ausschusses und die Vertreter teilnahmen. Ein Punkt der Tagesordnung betraf die Stellung des Verbandes zur Generalkommission...

Krieges ausführlich geschildert, aber tauben Ohren gepredigt. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Konferenz erklärt, mit der Taktik der Generalkommission in den Fragen des Hilfsdienstgesetzes und im Ernährungsbeitrag nicht einverstanden zu sein...

Die Gründe, die für die Konferenz maßgebend waren, gehen aus dem Bericht nicht hervor. Hier heißt es nur: „Ein Mitglied des Vorstandes begründete die Ablehnung in längeren Ausführungen. Hierbei wurde eine Reihe von Kritiken an der Tätigkeit der Generalkommission in bestimmten Fragen und Angelegenheiten geübt.“

Katholische Fachabteilungen — Gelbe Vereine.

Es ist keine neue Entdeckung, daß die katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung und die von ihnen unterhaltenen Fachabteilungen keine Gewerkschaften sind, sondern daß sie in sozialen Fragen Bestrebungen huldigen, die sie als nahe Verwandte der Gelben erscheinen lassen...

Im Freieingelassenen-Verband hat die vorgenommene Urabstimmung die Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pfennig ergeben. Vom 1. Januar an beträgt der wöchentliche Beitrag 60 Pf.

Literarisches.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. S. B. Dieck, Nachf. G. m. b. H., Stuttgart. Abonnementspreis bei allen Buchhandlungen und Postanstalten vierteljährlich 3,90 Mk., Einzelhefte 80 Pf.

Gestorbene Mitglieder.

- Joh. Kowalski, 37 J., gest. in Reichenbach (Sogul.). Robert Reicher, Tischler, 62 J., gest. in Wittweide. Eduard Pompe, Schreiner, 52 J., gest. in Köln. Josef Vogel, Polierer, 61 J., gest. in Köln. Wilhelm Bacher, Schreiner, 55 J., gest. in Köln. Eduard Harre, Tischler, 57 J., gest. in Halle a. d. S. Konrad Schubert, Tischler, 41 J., gest. in Stuttgart. Friedrich Giese, Tischler, 43 J., gest. in Stuttgart. Arno Franke, Anopfmacher, 55 J., gest. in Schmöln. Ida Bismich, Anopfmacherin, 41 J., gest. in Schmöln. Wilhelm Gaaße, 57 J., gest. in Steffin. Wilhelm Rippow, 51 J., gest. in Steffin. Wilhelm Barjtsch, 47 J., gest. in Steffin. Anton Storz, Kammmacher, 31 Jahre, gest. in Nürnberg.

Cher Herrn Anderten.

2 tüchtige Tischlergesellen

auf bessere Löhne eichene Möbel für sofort gesucht. Erich Bocke, Baratz (Marl).

Möbeltischler

haben Beschäftigung bei Walter Störig, Finkenstraße 2 (L.). Einzel tüchtige Tischler für die Aufstellung von Holzgeräten sofort gesucht. Carl Fritz, Carlstraße, Feine (Hannover).

Polierer

sofort gesucht. Herr Regener, Hamburg, Gröbenmarkt 2a.

Tüchtiger Stuhlmacher

für bessere Stühle gesucht. Carl Kührmeier, Möbelfabrik, Feine b. Hannover.

Einen Meister für die Holzbearbeitungsmaschinen, in Friedenszeiten Stuhlfabrik, jetzt Seereslieferung, sucht Otto Geifert, Stuhlfabrik, Neuhäfen (Bezirk Dresden).

2 Drechsler

auf Rund und Oval gesucht. Rich. Finster, Gölzig, Breite Straße 10.

20 Korbmacher

auf runde Weichholzlörbe gesucht. Arbeitsnachweis der Holzarbeiter, Eischen, Markt 36.

20 Korbmacher

auf runde Weichholzlörbe gesucht. Arbeitsnachweis der Holzarbeiter, Eischen, Markt 36.

Zwei gelernte Korbmachergehilfen

auf Korbmöbel gesucht. J. B. B. Heitmann, Hamburg 4, Antonstraße 12.

Bürstenmacher

für Feigen, Einzeln und Pöschel gesucht. Ernst Ehsis, Caffel, Hohenzollernstraße 14.

Wer verkauft

oder vermittelt gegen Entlohnung feines trockenes Sagemehl u. Schlemm? Gültigke wird geliefert. Muster erbeten. H. Franke, Berlin D. 34, Wilhelmstraße 10. Fernspr.: Köpenick 3541.

Bürstenmacher-Werkzeug

gebraucht oder neu, als Bankscheren, Stockscheren, Nischhämme usw., kauft L. Fogelberg, Wickrath 9 (Bebel.).

Leim kauft

als Selbstverbraucher Rosener, Berlin, Andreasstraße 27, III.

Zahlreiche Anerkennungs schreiben für Eingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Rodelschlitten-Kufen!

Esche, gebogen, prima Ware 1,00 m, 1,20 m, 1,40 m, 1,80 m Holzlänge 3,50 m, 4,00 m, 4,50 m, 5,25 m für ein Paar bis 2,00 m Lieferbar. M. WALTER, Dresden 22, Kohlfelder Straße 51.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Veranstaltet vom Arbeitgeber-Schuhverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 19. Januar, bis Freitag, 25. Januar 1918.

A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Table with 7 columns: Ort, Paritätischer, Möbel-tischer, Maschinen-arbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows for Berlin, Bremen, Dresden, Halle, Chemnitz, Eisenburg, Jena, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, and a summary row.

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.